

Peter Wickler

Die Arbeitgeberkündigung
beim rechtsgeschäftlichen
Betriebsinhaberwechsel

Zur Problematik des § 613a Abs. 4 BGB

B 43 349

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt



PETER LANG

Frankfurt am Main · Bern · New York

Inhaltsübersicht

Abkürzungen	7
Literaturverzeichnis	9
<u>1. Teil</u>	
Die rechtsdogmatischen Grundsatzprobleme im Rahmen des § 613a Abs. 4 BGB	17
A. Der Standort der Norm im Kündigungsschutzsystem	17
I. Problemstellung	17
II. Rechtsfolgen	19
III. Normauslegung	22
1. Wortlaut und Stellung des § 613a Abs. 4 im BGB	22
2. Entstehungsgeschichte, Motive und Gesetzeszweck des § 613a Abs. 4	24
a) Die EG-Richtlinie vom 14.2.1977 (Nr. 77/187/EWG)	24
b) Der Gesetzentwurf der Bundesregierung	24
c) Der Änderungsantrag des Landes Bayern	25
d) Die Stellungnahme des Bundesrates	26
e) Die Begründung des Regierungsentwurfs	27
f) Die Beschlußempfehlung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung	31
IV. Auslegungsergebnis und Konsequenzen	33
B. Die dogmatische Bewältigung des "Kausalitätsproblems" des § 613a Abs. 4	36
I. Problemstellung	36
II. Die in Literatur und Rechtsprechung vertretenen generalisierenden Lösungsansätze und ihre Konsequenzen	38
1. Schreiber und Bauer	38
2. Schaub	39
3. BAG, LAG Frankfurt, Seiter, Willemsen	39

III. Die Vereinbarkeit der dargestellten Lösungsansätze mit dem Gesetzeswortlaut	44
IV. Die Vereinbarkeit der Lösungsansätze mit dem Normzweck	45
1. Normzweck	45
2. Die Lösungsansätze, nach denen eine Kündigung aus anderen Gründen im Sinne des § 613a Abs. 4 Satz 2 im Wege einer von § 613a Abs. 4 Satz 1 her wirkenden Einschränkung ermittelt wird	46
3. Die Lösungsansätze, nach denen eine wegen Betriebsübergangs unwirksame Kündigung im Wege einer von § 613a Abs. 4 Satz 2 ausgehenden Negativabgrenzung ermittelt wird	47
V. Kausalitätserfordernis und Normzweck	50
VI. Ergebnis	52
C. Die Anwendbarkeit des § 613a Abs. 4 bei der Betriebsveräußerung im Insolvenzverfahren	53
I. Problemstellung und Meinungsentwicklung im historischen Abriß	53
II. Ist die Anwendbarkeit von § 613a bereits nach seinem Wortlaut im Insolvenzverfahren ausgeschlossen?	60
III. Ist die Anwendbarkeit des § 613a nach seiner Entstehungsgeschichte im Insolvenzverfahren ausgeschlossen?	63
IV. Stehen der Anwendung des bestandsschutzrechtlichen Teils des § 613a im Insolvenzverfahren zwingende insolvenzrechtliche Grundsätze entgegen?	66
1. Allgemeines	66
2. Der Grundsatz der Gläubigergleichbehandlung	66
3. Der "Grundsatz" der bestmöglichen Masseverwertung	68
4. § 613a als Parallelfall zu §§ 25 HGB, 419 BGB?	70
5. Der Grundsatz des lastenfremden Erwerbs	72
6. Das Kündigungsrecht nach §§ 22 Abs. 1 KO, 51 Abs. 2 VglO als lex specialis?	73
7. Zwischenergebnis	73

V.	Führt die im Insolvenzverfahren auf den bestandschutzrechtlichen Teil beschränkte Anwendung des § 613a zur Verkehrung des Normzwecks in sein Gegenteil? (Zugleich Plädoyer für eine Fortgeltung des von § 613a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 normierten Arbeitsplatzschutzes in einem gesetzlich neu zu regelnden Insolvenzrecht)	74
1.	Normzweck; Stilllegung als Voraussetzung und teleologische Reduktion bzw. Streichung der Vorschrift als Konsequenz der Normzweckverfehlung des § 613a im Insolvenzverfahren	74
2.	Stilllegung als Regelfall, weil sich wegen der Geltung des § 613a Abs. 1 und Abs. 4 kein Erwerber findet?	76
a)	Motivation und Interessenlage eines potentiellen Betriebserwerbers	76
b)	Möglichkeiten der Kündigung anlässlich eines Betriebsüberganges im Insolvenzverfahren	78
c)	Möglichkeit der Anpassung der Arbeitsbedingungen an die vom Erwerber gesetzten Wirtschaftlichkeitsmaßstäbe	84
d)	Durch § 613a Abs. 1 und Abs. 4 bedingter Wegfall des Erwerberinteresses an einer Betriebsübernahme im Insolvenzverfahren als Ausnahmefall	85
3.	Stilllegung als Regelfall, weil die Betriebsübernahme bei Geltung des § 613a Abs. 1 und 4 an der Veräußerungsbereitschaft des Konkursverwalters scheitert?	86
4.	Schlußbetrachtung	89

2. Teil

	Die Möglichkeiten und Besonderheiten der arbeitgeberseitigen Kündigung im Rahmen des rechtsgeschäftlichen Betriebsinhaberwechsels	92
--	--	----

A.	Die ordentliche Kündigung im Anwendungsbereich des KSchG	92
----	--	----

1.	Die Kündigung des Betriebsveräußerers	92
a)	Dringende betriebliche Kündigungserfordernisse	92
b)	Keine dringenden betrieblichen Kündigungserfordernisse	102
2.	Die Kündigung des Betriebserwerbers	103
B.	Die ordentliche Kündigung von Arbeitnehmern, die nicht dem KSchG unterliegen	106
C.	Die außerordentliche Kündigung	108
D.	Die Änderungskündigung	109
E.	Die Kündigung von Sondergruppen	111
1.	Leitende Angestellte	111
2.	Dem Übergang des Arbeitsverhältnisses widersprechende Arbeitnehmer	114
3.	Besonders geschützte Arbeitnehmer	121
a)	Betriebsratsmitglieder	121
b)	Arbeitnehmerinnen, die unter den Schutz von §§ 9, 9a MuSchG fallen	124
c)	Schwerbehinderte	128
d)	Tarif- oder einzelarbeitsvertraglich vor einer Kündigung besonders gesicherte Arbeitnehmer	130
F.	Die Beteiligung des Betriebsrats nach §§ 102, 103 BetrVG	133

3. Teil

Die Umgehung des von § 613a normierten Arbeitsplatzschutzes	136
--	-----

A.	Grundlegung	136
B.	Abdingbarkeit des § 613a	136
1.	Einzelvertragliche Abdingbarkeit	136
2.	Abdingbarkeit durch Kollektivvereinbarung	140
C.	Stillegung vor Betriebsübergang	140
D.	Rechtsschutz bei unerlaubter Umgehung	147
1.	Unerlaubte Umgehung bei einzelvertraglicher Auflösung des Arbeitsverhältnisses	147
2.	Unerlaubte Umgehung durch eine der Betriebs- übertragung vorgeschaltete "Stillegung"	148

4. Teil

	Prozessuale Fragen der Kündigung beim Betriebsübergang nach § 613a	151
A.	Darlegungs- und Beweislast	151
B.	Passivlegitimation bei Kündigung vor Betriebsübergang	152